
Protokoll Nr. 8

Zur gemeinsamen Parteikonferenz mit Graz am 11. März 1928.

Tagesordnung

1. a) Organisatorischer Bericht Graz (Referent Wagner)
b) Voitsberg (Referent Kaiser)
- 2.) Hebung unserer Presse (Referent Kahapka)
- 3.) Die politische Lage Österreichs (Referent Pfneisl)
- 4.) Die bevorstehenden Gemeinderatswahlen (Referent Rohry)
- 5.) Internationale Opposition (Referent Wagner)
- 6.) Allgemeines.

Rededauer:

- | | | | | | |
|----------|---------|---------|------------|------------|------------|
| 1. Punkt | a und b | 10 Min. | Rededauer | Diskussion | a) 10 Min. |
| 2. | | 15 Min. | Rededauer. | Diskussion | 20 Min. |
| 3. | 40 .. | .. | .. | 30 .. | |
| 4. | 50 .. | .. | .. | 30 .. | |
| 5. | 50 .. | .. | .. | 40 .. | |

Gen Rohry erklärt die Bezirkskonferenz für eröffnet. Begrüßung der 6 Grazer Gen. Entschuldigt das Fernbleiben des Obmannes Gen. Kaiser, motiviert dies mit den Grunde, dass er beruflich verhindert ist. Erteilt das Wort zum 1.Punkt a) Gen. Wagner:

Wagner berichtet von derzeitigem Mitgliederstand 140-150 diese verhältnismäßig geringe Zahl hervorgerufen durch Spaltung des Z.K. Ihrer Gruppe wird das Lebenslicht bald erloschen sein, nur Kraft der erteilten Subventionen und Phrasenpolitik hält sie ihre Position etwas aufrecht. Bezüglich ihrer moralischen und persönlichen Zusammensetzung gestaltet sich diese vom denkbar niedrigsten Niveau. Um ihren bevorstehenden Ruin zu verzögern, entsenden sie fortwährend in die Versammlungen ihre größten Kanonen u.a. Gen. Ziegler. Verweist auf die auswärtige Bewegung der Opposition Andritz 14-16 Gen., Deutschlandsberg wo sie daran gehen eine Organisation zu gründen. Gösting kann die Gemeinderatswahl nicht durchgeführt werden, da die Voraussetzung besteht dass nicht genügend Parteigenossen vorhanden sind. Bemerkt weiters, dass sich die politischen Gegensätze in Österreich immer mehr zuspitzen, darum das größte Augenmerk zur Hebung des parteilichen Niveaus; Schulung der Mitglieder, Umwandlung der Quantität auf die Qualität. Die sich die politische Tätigkeit einer Partei in der Presse widerspiegelt.

1.b) Rohry zeigt auf, dass durch die Tätigkeit des Z.K. Bärnbach und Köflach getrennt ist, in Voitsberg die Opposition mühsam darangegangen am weiteren Aufbau. Mitgliederstand beträgt 40 und 7 Neuaufnahmen, vorherigen Monat 3, zwei Mitgliederversammlungen, 4 Diskussionen, 7Bezirksleitungssitzungen und 21 Artikel. Dies zeigt, auf welcher Basis das parteiliche Niveau ruht. Verweist auf: Bärnbach, wo die Z.Kisten Gen. Macher aus den Bett hoben und in ihre Versammlung zwangen, auch stellten sie ihn als Spitzenkandidat auf. Sie wittern, dass beim Verluste Bärnbachs ihr Sterbeglöcklein läutet, darum entsenden sie Woche für Woche ihre

¹ Die Ortsgruppe Tregist war ein Teil der Bezirksorganisation Voitsberg

Kanonen, um mit ihrer Injektionsspritze Wirkung zu erzielen. Bezüglich der Wahlen, Termin zu kurz. Gen. Macher wird die Mitglieder nicht hinter sich haben. Wir schreiten jedoch allmählich zur Bodengewinnung in Bärnbach. Diskussion Pfneisl Aldes [?] eine hervorhebende Arbeit, in Bezug Bärnbach nichts zu sprechen; unsere Wahlvorarbeiten gut erörtert, die finanzielle Frage. Appelliert an die Voitsberger Gen., sie mögen in diesem Sinne eine Parteiarbeit leisten.

Wagner auch bei uns sind die Z.Kisten bestrebt, durch Aufmachung von Szenen unsere Versammlungen unmöglich zu machen. Weiters vielleicht doch eine Einflussmöglichkeit mit Bärnbach bis 15. April vorhanden. Gedenkt uns für die Wahlkampagne mit S. 18.-- zu unterstützen.

2. Punkt Kahapka berichtet über die Absatzverteilung des Mahnrufes.

Mahnruf Nummer	Finanz	Abonementen	Trafiken	Kolportage	auswärts
Nr. 1	1211	450	112		
Nr. 2	1551				
Nr. 3	1310				
Nr. 4	2325				
Nr. 5	1637			30	128
Nr. 6	1652			88	101
Nr. 7	1500			50	68
Nr. 8	1488			32	102
Nr. 9	1332			19	128
Nr. 10	1223	650		31	122

Abonementenverteilung: Graz 413 Provinz 237 Voitsberg 43

Finanzen: alte Schuld vom Vorjahr S. 1060.--- Neue Schuld S. 90.--

Verteilung der Auflage gegenwärtig: Finanz 1300, Abonementen 650, Trafiken 112, Kolportage in Graz und auswärts 150, Summe 2212. Alle Regien abgerechnet, trägt uns eine Zeitung 8 gr. das ist $2212 \times 8 = 167$ S.

Der Drucker kostet 190 S.

Defizit 23 S.

2

Kahapka gedenkt zur Besserung der Lage, den Inhalt des Mahnrufes so zu gestalten, dass er den breiten Massen noch mehr zugänglich ist, Alles zur Anführung bringen, was die Bürgerlichen über das Proletarierleben verschweigen. Erforderlichkeit von mehr Korrespondenten, Voitsberg vorbildlich. Verweist [darauf], dass es noch keine regelmäßige Berichterstatter gibt. Mit Hochdruck zur Fortsetzung der Abonementenwerbung. Ergebnisse der Pressefondspenden an S. 140.-- wurde dem Drucker übermittelt. Gen. müssen wieder daran gehen, sich dafür zu opfern, um mit dem finanziellen Ergebnis regste Propaganda für den Mahnruf zur Entfaltung bringen. Anschaffung von Reklamematerial, Plakatierung auf größerer Basis zur Durchführung zu gelangen lassen. Erörtert, dass ein Gen. hier die Kolportage übernehmen möge. Ursache der Schulden: 1.) Gelder der Auswärtigen laufen nicht regelmäßig ein. 2.) Die Einnahmen werden erst bei einer Auflage von 3000 die Ausgaben decken. Aufwerfung der Frage zur Annoncenaufnahme, dazu Verstärkung um eine Seite. Die Gen. mögen sich darin äußern. Jetzige Auflage 2500, um das gegenwärtige Defizit von laufend S. 23.-- wöchentlich zu decken, ist eine Absatzerhöhung von 400 Stück erforderlich.

Genosse Pfneisl verweist auf den Absatz 2212 Stück, der sich erstreckt auf Graz und die Mittelsteiermark. Es ergibt sich die Folgerung, dass zirka 3000 Leser mit unseren Ideen und dfer

politischen Linie einverstanden sind. Unsere [Presse] wird vor Arbeitergroschen erhalten, da hinter ihr nur Proleten stehen, auch keine Führung von Annoncen, gerade das Konträre von bürgerlichen und S.P. Blättern, die gestützt sind, das immense Erträgnis derselben. Übt Kritik an den unregelmäßigen Zahlungen in der Provinz, ersucht die Gen. mögen. Eventuelle Anstöße am Mahnruf zum Ausdruck bringen. Weist hin auf die Erforderlichkeit von mehr Gen. zur Artikelschreibung und Konzentrierung des Augenmerks zur Abonementenwerbung. Nach den Wahlen Einleitung eine generellen Pressfondspendung, Frage erörtern zur Annoncenaufnahme, er hält es für zweckmäßig.

Rohry schildert zur Hebung der Presse. Kolporteur aus Graz hat ersehen, dass gute Absatzmöglichkeit vorhanden ist. Kolportage am Zahntag auf Hödlgrube erstrecken, (Fall Waasner) jetzt die Proleten dort besonders wahrheitsbegierig. Müssen zwecks Kolportageübernahme erst einen Gen. finden. Uns weiter verlegen zur Artikelschreibung Rosenthal und Alpine, dies zu unsern nächsten Aufgaben. Erörtert die heikle Frage der Annoncenaufnahme. Wenn wir zur Verbreitung von kleinbürgerlichen Anzeigen im revolutionären Blatte schreiten, wird die R.F. [Rote Fahne] uns sofort einer Kritik unterziehen.

Kahapka appelliert an die Gen., die äußersten Kräfte anspannen zur Werbung des Mahnrufes, um die Annoncenfrage zu unterlassen.

Wagner eine Preiserhöhung ist ohne Verstärkung des Blattes unmöglich. Im Allgemeinen besitzen die Gen. zu wenig Überzeugungskraft, Entwicklung von mehr Initiative nötig zur Verbreitung desselben. Den Mahnruf auf Grund der Aktivität finanziell sichern. Im Notfall zur Annoncenwerbung schreiten, da könnten wir kleinbürgerliche Schichten nicht ablehnen; Voraussetzung, dass sie keine Ausbeuter sind. Jedoch ohne Abweichung von der politischen Linie.

Pfneisl zeigt auf, dass die anderen Drucker vor der Annahme Angst haben, darum sind wir seitens unseres Druckers an Schikanen ausgesetzt. Zieht in Erwägung die Möglichkeit, hier zu drucken, gedenkt diesbezüglich mit Gen. Rohry Rücksprache zu pflegen. Stellt geschäftsmäßig den Antrag, falls die finanzielle Lage es erfordert, bezüglich Annoncenfrage abzustimmen.

Rohry Wir können nicht darüber hinweggehen, ohne einig zu werden. Meint keine Annoncenaufnahme von ausgesprochenen reaktionären Lumpen.

Kahapka ersucht, diesen lebenswichtigen Punkt zu verlängern, um darüber abzustimmen.

Rohry gedenkt in Voitsberg und Tregist eine Kassierung des Mahnrufes vorzunehmen, nur die auswärtigen Gen. mit Scheckzahlung. Die Gen. mögen über der finanziellen Frage des Mahnrufes abstimmen. Der Antrag betreffs Annoncenaufnahme wurde einstimmig angenommen.

3.) Gen. Rohry: Zu den steirischen Gemeindewahlen müssen wir das größte Augenmerk darauf wenden, um bei diesen mit Erfolg abschneiden zu können. Verweist auf die Terrorakte der S.P. Dadurch wurde uns die vorjährige Kandidatur unmöglich gemacht. Wurde jedoch darauf Einspruch erhoben und die Wahl wurde als ungültig erklärt. In diesem Jahr arbeitet die S.P. mit anderen Methoden, und zwar mit der Ausreklamierung aller Arbeiter, die sie wissen oder vermuten, für uns die Stimme zu geben. Beweis hiefür bei mir selbst, wo Steiner mich ausreklamierete. Unsere Aufgabe wird sein, dass wir uns an alle Ausreklamierten wenden und für diese die Berufung eingeben. Aufgabe ist jetzt, dass wir die Aufsätze der Flugzettel für die Ortsverhältnisse machen. S.P. wird propagandistisch hervortreten über die Tätigkeit Deuschers für die Ortsarmen u. etz. Werden Argument anführen, Fripertinger war 8 Jahre und wurde dies nicht geschaffen. Die Gemeinde hatte schwer finanziell gelitten. Generalreparatur des E.Werk. Dadurch muss Aufnahme sein von einer Milliarde, dadurch Strompreiserhöhung. Bezahlter Fachmann, um den Kostenvoranschlag zu erhöhen. Renovierung des Kinderheimes, Spielplatz

und Armenfürsorge ist begrüßenswert. Dies werden sie propagandistisch auswerten. Unsere Antwort muss sein, die Frage von wessen Geldern. Beweis Bericht Bürgerliche Wählerversammlung, die sagt, dass Deutscher Tarif besser sei, besonders für Großabnehmer. Folgedessen sie einverstanden waren mit der Erhöhung des Strompreises nach dem Tarif Deutscher. Beschluss Flugschriften Detailverhältnisse und Politischer Wahlaufwurf gut bis auf Stalinkurs. Dies soll unterlassen werden, da wir hier keine Z.Kisten haben und keine andere Organisation kennen als die der Opposition. Wahlvorschlag in Tregist ist fertiggestellt. [In] Voitsberg muss dies erst geschehen und darf Frist nicht übersehen werden. Der Wahlaufwurf wird in Nr. 14 des Mahnruf erscheinen und es muss gesorgt werden für große Kolportage derselben durch Häuserkolportage. Wahlfond muss die erste Rate abgeliefert werden bis 17. März. Die Ortsflugschriften werden wir auf dem Vervielfältigungsapparat machen. Die S.P. zeigt großes Interesse auf unserer Wahlarbeit. Nur durch gute Mitarbeit der Gen. wird es uns möglich sein, bei der Wahl gut abzuschneiden. Appelliert daher an die Gen. um die aktive Mitarbeit derselben.

Diskussion: Gen. Pretenthaler erklärt, dass die Arbeiter zögernd unsere Wahlvorschlagsliste unterzeichnen, Furcht vor Schädigung seitens der S.P. in Arbeiterfrage, Viehauftrieb usw.

Gen. Wagner: Die Gemeinderatswahl von großer Bedeutung, darum nur keine Zaghaftheit. S.P. wird hervortreten mit Agitationsmittel in allen sozialen Fragen, die Massen mit schönsten Versprechungen betören. Im Wahlaufwurf Stalinfrage unterlassen, kein Bestand einer Gegenpartei. Augenmerk, dass die Vorschläge der Kandidatur propagandistisch wirken.

Pfneisl im Gemeinderat wird Gen. Rohry eintreten für Besteuerung der Besitzenden. S.P. antworten keine leichte Durchführung, Gesetzbestimmung gebietet Einhalt. Landtag Zustimmung gegeben zur Besteuerung der Proleten. Hinweisen, dass die S.P. darin nichts unternommen hat, diese Zwangsjacken zu sprengen. Bemerkt, durch Zaghaftheit der Proleten nichts zu erreichen, Furcht vor Arbeitsentgang u. etz. Gegen die Heimwehrfasc. Versammlungen einberufen, Aufklärungsarbeit leisten. Als Wahlpropaganda, speziell Arbeitslosenversammlungen.

Rohry wir werden dies zur Verwirklichung bringen. Weiters ehebaldige Durchführung der Wahlarbeit Voitsberg, Kandidatur und Unterschriften noch nicht vollzählig.

Kaiser Aufstellungsbericht der Kandidaten in Tregist: Kaiser, Rauter, Reinprecht, Furian und Kienreich sen.

Beschluss:

- 1) Wahlaufwurf nächste Nummer 3000 Stück.
- 2) Erscheinen des ersten Wahlaufwurfes Samstag den 17. März.
- 3) Durchführung der Unterschriftensammlung bis 15. April.
- 4) Rechtzeitige Einreichung des Wahlvorschlages.
- 5) Ablieferung der Wahlfondsammellisten am 17. 3.
- 6) Ausgabe der Wahlfondblocks.
- 7) Durchschauung der Wählerliste zwecks Prüfung der Ausreklamierten.
- 8) Propagandaentfaltung zur Wahl.

3. Punkt Pfneisl jedes Mal, wenn wir zusammentreten, kommen wir zur Konstatierung, dass sich die Lage der Arbeitenden seit 1918 rapid verschlechtert. Durchbruch des Mieterschutzes, wachsender Unternehmerterror, Rationalisierung in Betrieben, sinken der Reallöhne; auf der ganzen Lebenslinie schreitet eine Verteuerung vorwärts, Arbeiter kommen nicht so schnell zum Bewusstsein, weil sich die Teuerung sukzessive vollzieht. Anregung der Bürgerlichen zur Abschaffung der Schwurgerichte, Vergewaltigung im Rechtswesen, Verurteilung der Julidemonstrierenden, Freidenker Tösch ein Monat Arrest zum Lohn für die Aufklärungsarbeit gegenüber dem Volke. Die Bürgl. bringen den Hass nicht offen zum Ausdruck, durch den Justizapparat bringen sie es dem Proletariat zur Fühlung. Im militärischen Machtapparat Entfernung aller radikalen Elemente, Ausschluss Oberleutnant Stranskys, endgültige Säuberung von

proletarischen Elementen aus Gendarmerie, Polizei und Wehrmacht. Dazu ruhiges Verhalten der S.P. Kurz: auf der ganzen Linie eine Ausbeutung und Knebelung der Werktätigen. Die Arbeiter glauben an den parlamentarischen Stimmzettelkampf, die die S.P. diese Illusion großzieht. Dadurch wird die

4

Bourgeoisie Herrin der politischen Situation. Hohnlächelnd schreitet sie hinweg über Demokratie und Gesetz zu außerparlamentarischen Mitteln. Aktuelles Beisp. Großausbeuter Pichler, zu Leibe rücken durch Boykottierung, Artikelaufzeichnung nur an seiner verwundbarsten Stelle, bei Geldsack am Ruin zu bringen. S.P. ist im Delirium des Stimmzettels, um ihn zur Raison zu bringen. So mächtig sie ist, wirkt sie nur lähmend auf die Arbeitermassen. Die politische Horizont verfinstert sich, die Arbeiterschaft steht gegenwärtig vor zwei Niederlagen. 1) Frage des Mieterschutzes 2) Internationale Verwicklung zum Krieg! Das Proletariat würde den vollständigen Ruin geopfert. Die S.P. lässt ihre Posaunen ertönen! Gegen Krieg Völkerbund! Gegen Mieterschutz Neuwahlen! 1) Auf den Gebiete des Mieterschutzes Neuwahlen ihr entscheidendes Argument, sie rechnet mit einer Stimmenmehrheit. Vor dieser Regelung wird das Bürgertum nicht erzittern, sondern stützen auf ihren Machtapparat, die Heimwehr. S.P. Anwendung ihrer bewährten Bremsaktik zur Verhinderung des Bürgerkrieges, Rückzug aus Angst vor dem Zusammenprall, Eingang in eine Koalitionsregierung sodann allmähliche Preisgabe des Mieterschutzes. In der Wahrscheinlichkeit einer Minorität sichert sie sich einen bequemen Rückzug in der Verteidigungsfrage des Mieterschutzes; da die Massen nicht zur Mehrheitserlangung beigetragen haben. Antwort: Heraus mit gewerkschaftlichen Mittel, Demonstrationen in Reichsmaßstabe. 2) Kriegsgefahr St. Gotthart und die aggressive Haltung Italiens. S.P. wird sich im Falle eines Krieges auf die Arbeiterschaft verlassen, Kraft ihres Einflusses in alle proletarischen Vereinigungen Sport etc. Da sie hineingeführt wird, ihrer Parole der Vaterlandsverteidigung zu folgen. Wenn sich die Arbeiter empört auflehnen, zu bluten für das Vaterland Österreich, das regiert wird von der Eskomptebank dem Vaterland der Unternehmer; dann wird sie von der S.P. gebrandmarkt als Landesverräter, weil sie sich dem Fascismus nicht zur Wehr setzen. Unsere Aufgabe, den Arbeitern aufklären, die falsche Politik der S.P. fortwährend Kritik üben und auch beweisen durch aktive Kampfmaßnahmen gegen die Bürg., wo die S.P. schützend davorsteht. Bekämpfung deswegen, weil sie den Kampf nicht führen, wie wir wollen. 3)

Augenmerk zur Erfassung von oppositionellen Strömungen der S.P. (Fall Kriegsinvaliden Graz.) Der Vorstand der Opposition hat die kleinbürgl. Charakterzüge der S.P. so treffend enthüllt. Steiner, Machold, Eisler, sind ja kleine Bürger geworden, die im Kampfesfalle zu verlieren haben. Es sind noch vereinzelt Elemente in ihren Reihen, die auf einem geistigen Niveau stehen; die marxistischen Ideen beibehalten haben. Beispiel, Wallisch, ob er ihnen in Zukunft Treue bewahrt, steht in Frage. Wir sind noch keine umfassende Klassenkampfpartei, nur einer kleiner Kader mühsamen Aufbaues gleich Voitsberg. Die K.P. Opposition durchlebt jetzt eine Epoche des Emanzipationskampfes. Wir streben zu dem leuchtenden Ziel, eine Kommune zu schaffen, verstärkt durch einen Kader von linken S.P. Funktionären nach dem unverfälschten Elementargrundsätzen Lenins! Die Konferenz hält es für notwendig, folgende Resolution zu beschließen.

- 1) In der Frage des Mieterschutzes Neuwahlen, das Ablenkungsmanöver der S.P. Führung den Arbeitern begreiflich machen.
- 2) Die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die Kriegsgefahr hinlenken, um ihnen zu zeigen, dass sich die S.P. Führung auf die Vaterlandsverteidigung einstellt.
- 3) aktive Abwehrmaßnahmen gegen die Heimwehrebewegung.
- 4) Verstärkte Werbung für die Partei.

(M i t t a g s p a u s e)

Pfneisl eröffnet, bringt zur Verlesung das letzte Protokoll der Bezirkskonferenz.

Die Diskussion zum 3. Punkt. Kahapka unterstützt die Ausführungen Pfneisls, verweist auf den Durchbruch des Mieterschutzes, beweist da Wohnungen existieren mit einem Zinz von 13-14 S. Bezüglich Kriegsgefahr die voraussichtliche Stellungnahme der S.P. zu dieser. Zuerst den Feind im eigenen Lande schlagen. Eine Massenmobilisierung der revolutionären Arbeiter, Proklamierung des Generalstreiks.

Wagner teilt die Ansichten seines Vorredners, bemerkt das Ergebnis der bevorstehenden zwei Niederlagen, den Arbeitern sachlich aufzeigen.

Rohry glaubt, dass die Gen. mit der beantragten Resolution einstimmig sind. Außer der Frage des Heimwehrfasc., da es in dem Falle schwer einzudringen ist. Heimwehrversammlung in Kowald keine öffentliche, sondern in Privathause; dadurch Schuldigmachung des Vergehens gegen § 2. Unsere anwesenden Gen. konnten nichts unternehmen, nur Beschlüsse angehört. Referat geführt Regierungsrat Tutsch und Beamter Suschitz, vorgenommene Einteilung auf A und B Befunde. Nur für eine im Kampfesfalle erlangte Invalidität, Festsetzung einer Entschädigung von S. 4000. Appell wenn Regierung ruft! Dass sie das Vaterland verteidigen. Sorgtragung, dass sie nicht auf ihre Rechnung kommen, da wir Spitzeln in ihre illegalen Arbeiten entsenden.

Wagner erklärt die Tagesfragen der Heimwehr, den bäuerlichen Schichten klarlegen, damit zeigen, wer ihr eigentlicher Feind ist.

Kahapka Aufwerfung der Frage, ob auch Arbeitslose zu ihren Söldlingen herangezogen werden.

Watzinger und Kaiser Franz weisen hin auf die Tatsache des Heimwehrbeitrittes von Arbeitslosen, dadurch Arbeitserhalt gesichert. Durch eine populäre germanische Größe in der Person des Postmeisters Mitterhammer wurde eine direkte Arbeitsvermittlung ins Leben gerufen.

5

Rohry Zangthal Betriebsleiter Kotbauer erklärt, das Aufkommen von Betriebsräten zu verhindern. Im allgemeinen Arbeitserhalt nur, wenn das einzelne Individuum den proletarischen Charakter preisgibt und ein Verräter seiner eigenen Klasse wird. Ersichtlich, dass sie, durch diese Zwangsmaßnahmen und Unternehmerterror propagandistische Arbeit für ihre Zwecke leisten, Gen. sollen äußern, um entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Anfertigung von Flugschriften durch Vervielfältigungsapparat. Erörtert die Finanzierung, da der eigentliche finanzielle Schwerpunkt jetzt die Wahlen sind, nachher eher die Möglichkeit.

Pfneisl Heimwehrfrage müssen wir uns schlüssig werden. Öffentlich gegen sie Stellung nehmen, speziell hier eine Sympathie vor den Gemeinderatswahlen, diese Kundgebung zu organisieren. Schlaue Demagogen wie S.P. sind, würden sie uns Vorwürfe machen. Als Gen. sind wir verpflichtet, diese Arbeit durchzuführen.

Kahapka Diese Stellungnahme eine gute Idee. Anwendung von gleichen Mitlen wie Graz, Boykottierung der Geschäftsleute, welche die Heimwehr finanzieren oder Mitglied sind.

Stölzle verweist auf die Tätigkeit der Heimwehr in Kowald und St. Johann.

Rohry aus den Erzählungen der Gen. tritt das Arbeitsbild der Heimwehr krass hervor. Durchführung einer Kundgebung im Bezirksmaßstabe. Jedoch finanziell schwer, diese Kundgebung zu organisieren.

Pfneisl hält diese Kundgebung als gute Vorbereitung für die Wahlen. 1) Öffentliche Kundgebung auf dem Hauptplatz. 2) Zwei Wochen Aufruf in der Zeitung gegen Heimwehrfasc.. Veranstaltung von sofortigen Kampffondsammlungen.

Wagner Kern in der Arbeiterschaft suchen, um außenhin vorzustößen. Kundgebung gut für die Gemeinderatswahl, praktische und politische Tätigkeit wird dazu Aufklärung geben.

Pretenthaler Keine Arbeitsmöglichkeit vorhanden, darum gleiten sie in die Arme der Heimwehr.

Wagner glaubt, dass die Unternehmer in der Praxis ihre erworbenen Söldner nicht finanziell unterstützen. Angenommen, so ist es ein vorübergehender Judaslohn; wir leben in der Epoche der politischen Revolution.

Rohry verlangt Einstellung der Debatte wegen Kürze der Zeit.

Resolution einstimmig angenommen.

5. Punkt Wagner Es ist eine Notwendigkeit, den Gen. eine Klärung zu geben über die Lage der Komintern. Die Niederlage in China, eine Folge der Stalinpolitik, brachte Meinungsverschiedenheiten in der Komintern. Lenin sagte Politische Meinungsverschiedenheiten und Differenzen zur Klärung bringen. Die russische Opposition aber durfte zwei Jahre keine Diskussion führen. Lenin erblickte in Stalin schon eine Gefahr für die Zukunft in der Sowjetunion. Als Stalin Generalsekretär wurde, gelangte er in Besitze ungeheurer Machtfülle. Unter seiner Führung kamen Agrargesetze ins Leben, die es den reichen Bauern gestatten, Land bei Armen in Pachtung zu nehmen, eine Bebauung durch Lohnarbeiter durchführen zu lassen, Die Großbauern gelangen unter ihm zu einem ungeahnten und gleichzeitig gefahrdrohenden Niveau. Die Ereignisse dienen als Beweis für das Recht der Opposition, als sie erklärte, das System der Kulaken zu beseitigen, zu wenige Bekämpfung der Kulaken, Besteuerung, das sie nicht zur Höhe gelangen. Opposition übte nicht nur Kritik, sondern machte auch praktische Vorschläge. Stalin liquidiert die Gesetze der Revolution. Um eine Kritik von links zu übertönen, wandern die besten und hervorragendsten Männer, die an der Wiege der Revolution gestanden sind, in die Verbannung. Die Entwicklung der Opposition gestaltet sich schwierig. Sinowjews, Smilgas, Rakovkys Kapitulation vor dem Z.K., aber ihr Ausschluss wurde dennoch vorgenommen. Fiala hat auf der Exekutive erklärt, dass die Opposition in Österr. nicht existiert. In Österreich wird das Z.K. nur mehr durch Subventionen künstlich erhalten. Mit Bärnbach Diskussion führen und sie geistig überzeugen. Weiters die Stellungnahme Belgiens zu den Streitfragen in der Komintern. Griechenland Subventionen durch Stalin entzogen. Die katastrophale Niederlage der Chinesischen Revolution, deren Grund größtenteils in der Politik Stalins liegt. Sie war im Grunde genommen eine bürgl. nationale Erhebung, um sich des ausländischen Imperialismus zu entledigen. Der chinesische Kapitalismus war zur Erkenntnis gelangt, die Gewinne aus dem Schweiß seines Proletariats selbst einzuheimsen.

China war im Besitze einer K.P., untergeordnet den Weisungen Stalins und Bucharins, die sich gänzlich unfähig erwiesen hatten. Sie gab sich der Illusion hin, das chinesische Bürgertum werde die nationale Befreiung zur Durchführung bringen. Anstatt wie die Opposition in der Komintern nach den erprobten Lehren Lenins erklärte, die Führung des Kampfes, auch die des nationalrevolutionären, im geeigneten Moment an sich zu reißen, innerhalb der Kuomintang eine rote Linie zu schaffen, um die Aufgabe fürs Proletariat einer siegreichen Lösung entgegenzuführen.

Tschang-Kai-Tschek, der Führer der bürgerlichen Kuomintang, ließ die Schanghaier Arbeiter entwaffnen und vernichtete ihre revolutionären Institutionen, unter seinen Waffen erstickten sie in ihrem Blute. Das chinesische Proletariat bekam es zur Fühlung, Herrscher wurde das eigene Kapital, aber es blieb im Tale seiner Erniedrigung und Schmach wie zuvor. Die Opposition aller

Länder Deutschland Maslov-Urban,² Belgien Frankreich u.s.w. verurteilt die Stalinführung. Die Internationale Opposition sowie die russische ist am Vormarsch, Bourgeoisie und S.P. sollen nur schreien, die Zukunft wird den Beweis erbringen

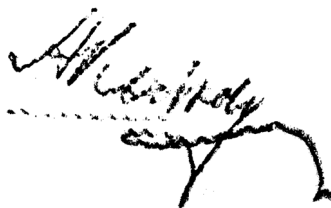
Diskussion Pfneisl Stalin übernahm nach dem Tode Lenins die Führung. Lenin hatte vorausgesehen, seine Entfernung vom Posten des Generalsekretärs. Diese Durchführung wäre möglich durch die Macht der Opposition. Opposition in allen Ländern übt Kritik an der Stalinführung. Weist hin auf die Wirkung der Stalinpolitik in China. Tschang-Kai-Schek wurde von ihm als roter General benannt. Opposition sagte, bis die Massen in Bewegung sind, Bewaffnung der Arbeiter, um gegen beide zu gehen. Bemerkt, dass Revolution 1848 von den bürgerlichen auch dazu benützt wurde, den Adel zu beseitigen. Die Arbeiter sollten für sie die Kastanien aus dem Feuer holen. Die Opposition hat recht, zu welcher Macht der Kulak unter Führung Stalins gelangt ist. So wie in Öst. in der S.P. kleinbürgl. Elemente wohnen, gleiche in Russland. Sie besitzen nicht jenen revolutionären Geist, den die alte Garde hatte. Ist der Überzeugung dass die revolutionäre Arbeiterschaft zum Siege schreiten wird.

Allgemeines Rohry bemerkt, dass Glasenapp sich als Spitzel des Z.K. in der Konferenz einfinden wollte. Er bekannte sich gegenüber Gen. Jud als Z.Kist. Übrigens ist er nicht als Mitglied zu betrachten, da er keine Beiträge leistet.

Kaiser schließt die Konferenz und dankt für das Erscheinen.

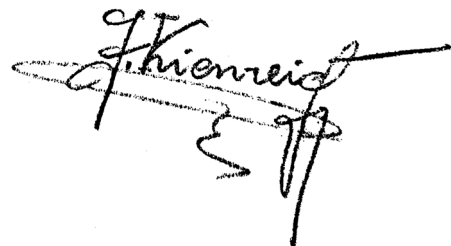
Dauer der gemeinsamen Bezirksleitungssitzung 7 Stunden.

Obmann:



[Alois Rohry]

Schriftführer



[F. Kienreich]

² Maslow, Arkadi und Hugo Urbahns